Haushaltsrede 2018

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen!

Das Jahr, das nun zu Ende geht, war ein bedeutendes Jahr für unsere Autonomie: Wir haben uns großen Herausforderungen gestellt und konnten für unsere Gebiete viele Erfolge erzielen.

Dies war meiner Meinung nach nur deshalb möglich, weil zwischen unseren beiden Provinzen ein gutes Klima der Zusammenarbeit entstanden ist.

Im vorigen Jahr haben wir anlässlich der Genehmigung des Haushaltsvoranschlags über die möglichen Auswirkungen des Referendums gesprochen, mit dem die Verfassungsreform abgelehnt worden war. Nachdem nun ein Jahr vergangen ist, lässt sich erkennen, wie der Ausgang des Referendums die Perspektiven auf gesamtstaatlicher Ebene erneut und verstärkt in Richtung Regionalismus gelenkt hat. Im Zusammenhang mit dem Referendum, mit dem Venetien und die Lombardei in Umsetzung des Art. 116 Abs. 3 der Verfassung weitere Formen der Autonomie erreichen wollen, wurde unsere Sonderautonomie wieder unter die Lupe genommen, aber dieses Mal nicht, um sie schlecht zu machen, sondern um etwas daraus zu lernen. Die Bestrebungen in Richtung eines differenzierten Regionalismus sind heute erneut zu spüren. Ich bin überzeugt, dass uns dieses Klima eine gute Gelegenheit bietet, unsere Rechte weiter zu stärken, wenn wir auf der in den vergangenen Jahren eingeschlagenen Bahn bleiben.

Der historische Weg, der zu dem geführt hat, was wir heute sind, war sicherlich nicht immer leicht und es hat auch nicht an Spannungen zwischen unseren beiden Lebenswelten gefehlt. Wie ich bereits vor einigen Wochen sagte, stellte das „Los von Trient“ einen wichtigen Neuanfang dar, denn obwohl es sich zweifellos um einen Moment großer Spannung zwischen unseren beiden Provinzen handelte, gab es den Anstoß zu einem Prozess, der zur Entstehung einer Synergie zwischen Südtirol und Trient geführt hat. Mit dem Zweiten Sonderautonomiestatut wurde den erhofften Zielen des Pariser Vertrags eine konkrete Form gegeben und in dem neuen institutionellen Rahmen, in dem endlich die deutschsprachigen den italienischsprachigen Bürgern gleichgestellt waren, ließ sich wirklich etwas Neues aufbauen, das auf Zusammenarbeit, Dialog und manchmal auch Auseinandersetzungen – jedoch konstruktiver Art – beruhte.

Heute arbeiten wir zusammen, um die großen Herausforderungen anzugehen, die sich uns stellen, und auch in den Beziehungen zur italienischen Regierung und zu den europäischen Institutionen. Unsere Berge sind eine Schule des Lebens, an der wir uns Tag für Tag inspirieren können. Wie zwei Bergsteiger müssen wir synergetisch zusammenarbeiten, damit unsere Autonomie wachsen und mit der Zeit Schritt halten kann. Das Trentino und Südtirol haben beide eine unterschiedlich ausgeprägte Identität mit ihren jeweiligen Stärken, sind aber durch eine unserem Gebiet eigene Berufung zu einer verantwortungsbewussten Selbstverwaltung im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger, die ich „tirolerisch“ nennen würde, eng miteinander verwachsen.

Auf diese Weise konnten wir auch bedeutende Ergebnisse erzielen, wie zum Beispiel die Zuständigkeiten für das Personal der Gerichtsämter. Wir haben diese wichtige Befugnis zu einem bestimmten Zweck eingefordert, und zwar um jene professionell arbeitenden Bediensteten aufzuwerten, die dazu beigetragen haben, dass das örtliche Justizsystem im gesamtstaatlichen Vergleich Spitzenpositionen belegt, und auch um den Bürgerinnen und Bürgern unter Berücksichtigung der absoluten Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit die bestmöglichen Dienste erbringen zu können. Diese neue Zuständigkeit, die den Übergang fast des gesamten Personals zur Region bewirkt hat, hat erhebliche Anstrengungen seitens der Ämter unserer Körperschaft verlangt, denen ich hiermit meinen Dank aussprechen möchte. Außerdem musste unsere Organisationsstruktur neu geordnet werden, was aber auch der ganzen Körperschaft einen neuen Impuls gegeben hat.

Das Personal wird derzeit laut Durchführungsbestimmung der Region zur Verfügung gestellt und mit Wirkung vom 1. Jänner 2018 in den Stellenplan der Region eingestuft werden.

Die Regionalämter haben bereits die entsprechenden Verwaltungsverfahren eingeleitet und bei den Ministerialstellen die notwendigen Unterlagen beantragt.

Dies ist verständlicherweise eine besonders aufwendige Amtshandlung, wenn man bedenkt, dass ungefähr 350 Personalpositionen zu bearbeiten sind.

Zum 1. Dezember 2017 standen nämlich in den Gerichtsämtern 390 Personen im Dienst, von denen ungefähr 40 innerhalb 2018 in Rente gehen werden.

Es ist allgemein bekannt, dass die Leiter der Gerichtsämter bereits vor Inkrafttreten der Durchführungsbestimmung mehrmals beim Justizministerium auf den schwerwiegenden, in den Gerichtsämtern der Region herrschenden Personalmangel hingewiesen haben. Und es ist ebenfalls bekannt, dass die Region bereits seit vielen Jahren die Tätigkeit der Gerichtsämter durch die Bereitstellung von 25 Personaleinheiten zu Lasten des Haushalts der Regionalverwaltung unterstützt. Und trotzdem haben die Leiter der Gerichtsämter stets auf den – in einigen Fällen sehr großen – Personalmangel hingewiesen.

Um die Tätigkeit der Gerichtsämter nicht zu beeinträchtigen und zumindest den zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Delegierung vorhandenen Personalstand zu gewährleisten, ist die Region demnach sofort eingeschritten und hat nicht nur das seit Jahren bereitgestellte Unterstützungspersonal bestätigt, sondern auch eine Aufstockung der Stellenpläne um weitere 50 Personaleinheiten vorgesehen.

Die Region hat in den vergangenen Monaten Ausgaben in Höhe von über 2,1 Millionen Euro bestritten, um in die laufenden Verträge einzutreten, aber auch um für die Kosten der ordentlichen Instandhaltung aufzukommen. Bis dato wurden bereits über 300 Verwaltungsmaßnahmen zur Bewältigung der beantragten Instandhaltungsarbeiten abgewickelt.

Das ist ein beachtliches Arbeitspensum zusätzlich zur ordnungsgemäßen Verwaltung der weiteren Regionalämter (einschließlich der Friedensgerichte), das bis zu diesem Zeitpunkt ohne Personalaufstockung bewältigt werden konnte. In vielen Fällen wurden Lösungen gefunden und konnte man den Anforderungen der Gerichtsämter gerecht werden. Dank der Zusammenarbeit mit den Provinzen, den Gemeinden und den Handelskammern kann nun die Region auch unter Rückgriff auf die Rangordnungen von öffentlichen Wettbewerben qualifiziertes zweisprachiges Personal für die unbesetzten Stellen auswählen und somit den Bedürfnissen der deutschsprachigen Bevölkerung entsprechen.

Mit den neuen Befugnissen hat die Region auch die Verwaltung der dafür bestimmten Strukturen übernommen, die bereits verschiedene Reparatur-, Anpassungs-, Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten erforderten. Dabei handelte es sich zum Teil um dringende Arbeiten, weil früher nicht immer eine regelmäßige Instandhaltung durchgeführt worden war, und manchmal sogar um außerordentliche Instandhaltungsarbeiten. Die Region Trentino-Südtirol beteiligt sich überdies mit einer Finanzierung von 60 Millionen Euro an der Errichtung des neuen Justizzentrums in Trient und hat die technisch-wirtschaftliche Machbarkeitsstudie für die Errichtung eines Justizzentrums im ehemaligen Gebäude des Grundbuchs und Katasters in der Duca-d’Aostastraße in Bozen ausgearbeitet, so dass alle Gerichtsämter, die derzeit in verschiedenen nicht benachbarten Gebäuden untergebracht sind, in einem einzigen zusammengeführt werden können. Die wirtschaftlichen und logistischen Vorteile sowohl für die Akteure des Justizwesens als auch für die Bürgerinnen und Bürger, für die zwei Länder und die Regionalverwaltung liegen auf der Hand. So werden wir den Bürgerinnen und Bürgern eine modernere Struktur zur Verfügung stellen und endlich, nach den Restaurierungsarbeiten, auch die Absperrungen vor dem Eingang des Landesgerichts Bozen entfernen.

Die Lösung all dieser vorhandenen Probleme, die zudem nicht von uns beeinflussbar waren, erfordert natürlich Zeit und Engagement, aber auch in diesem Bereich müssen wir stets kompetent und konkret vorgehen. Und dank der wertvollen Arbeit zahlreicher Personen kann ich mit einem gewissen Stolz behaupten, dass wir auch in diesem Fall schon bewiesen haben, dass wir dazu fähig sind.

Ein weiterer wichtiger Schritt, den wir 2017 alle zusammen – die Autonome Provinz Bozen, die Autonome Provinz Trient und die Region – gegangen sind, war der Schritt in Richtung neue Brennerautobahn-Konzession. Bei dieser Gelegenheit möchte ich dem neuen Präsidenten der Brennerautobahn, Luigi Olivieri, eine erfolgreiche Arbeit wünschen

Die Brennerautobahn ist für uns von grundlegender Bedeutung. Wir müssen die Kontrolle über sie behalten, um nicht nur die größtmögliche Effizienz dieser Verkehrsachse, sondern auch die Einhaltung aller Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit unserer Mitbürger zu gewährleisten. Letzte Woche wurde in der Abgeordnetenkammer die im Steuerdekret enthaltene Bestimmung genehmigt, die die Vergabe der Brennerautobahn-Konzession an die zukünftige In-House-Gesellschaft ermöglicht. Infolge dieser grundlegenden Entscheidung können die Region und die beiden Provinzen die Governance dieser Nord-Süd-Verkehrsachse steuern und die Autobahn so verwalten, dass den Bedürfnissen der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Umwelt Rechnung getragen wird. Auch in diesem Bereich erwarten uns in den kommenden Jahren maßgebliche Aufgaben. Durch die direkte Verwaltung der 314 km langen Autobahnstrecke werden wir die Infrastruktur ausbauen und Projekte ins Leben rufen können, die die Nord-Süd-Verbindung noch verbessern werden. Der Ausbau der Rollenden Landstraße (ROLA) durch eine Intensivierung des kombinierten Straßen- und Schienenverkehrs, die Erweiterung des Güterverkehrszentrums, die neuen Lärmschutzbarrieren und die Umfahrung in Bozen sind nur einige der Tätigkeiten, die wir in Angriff nehmen müssen.

Aber wir zielen auch darauf ab, dass diese Autobahn, die bereits heute als wichtigste Zufahrtsstraße das Aushängeschild für unser Territorium darstellt, zu einer Art Schaufenster wird, indem die Durchreisenden in den Raststätten die Trentiner und Südtiroler Produkte und Traditionen kennenlernen können.

An dieser Stelle möchte ich auch die in den letzten Jahren von der Gesellschaft Pensplan Centrum AG erzielten Ergebnisse erwähnen, auf die die Regionalverwaltung ebenfalls stolz sein kann.

Derzeit sind über 210.000 Personen Mitglieder eines der vier mit Pensplan konventionierten Rentenfonds. In der Region Trentino-Südtirol ist also die Hälfte der Arbeitnehmenden in einem Rentenfonds eingeschrieben, in ganz Italien hingegen nur ein Drittel.

Im Laufe der Jahre hat es sich herausgestellt, dass die Aufwertung der in einen Zusatzrentenfonds eingezahlten Abfertigung erheblich höher ist als jene der im Unternehmen belassenen: Im Jahre 2016 wurde die Abfertigung der Mitglieder eines Zusatzrentenfonds in der Region um 2,9%, die im Unternehmen belassene Abfertigung hingegen nur um 1,5% aufgewertet. Zehn Jahre nach Einführung der Abfertigungsreform beträgt die durchschnittliche Rendite der ausgewogenen Linie derörtlichen Zusatzrentenfonds 42%, die Aufwertung der Abfertigung im Betrieb hingegen blieb aufgrund der mäßigen Inflationsrate bei 25% stehen.

Das in den Rentenfonds zurückgelegte Vermögen beträgt heute mehr als 3,8 Milliarden Euro. Allein im Jahre 2016 belief sich die von den Rentenfonds gezahlte Ersatzsteuer auf ca. 19 Millionen Euro, die die Region in lokale Projekte investieren kann.

Außerdem wurden zum Jahresende über 7 Millionen Euro als finanzielle Unterstützung der Rentenposition der Mitglieder entrichtet, welche um den Beitrag der Region ersucht hatten. Am Bausparprojekt haben 1227 Personen teilgenommen, die die Bescheinigung über die in einem der vier konventionierten Rentenfonds angereifte Position beantragt haben, für einen Gesamtwert von 49 Millionen Euro. Dies bedeutet, dass im Rahmen des Bausparmodells Darlehen in Höhe von ca. 98 Millionen Euro gewährt wurden.

Die Regionalverwaltung steht heute gemeinsam mit Pensplan vor einer neuen gesellschaftlichen und politischen Herausforderung. Sie müssen nämlich ihre Tätigkeiten in ein integriertes und bereichsübergreifendes regionales Sozialsystem eingliedern, das in allen Lebenslagen (Familie, Beruf, Bildung, Wohnen, Rente, Gesundheit und Pflege) Unterstützung bietet.

Ein weiterer grundlegender Aspekt des regionalen Haushalts, den ich ansprechen möchte, betrifft die Übernahme seitens der Region eines Anteils des Beitrags, den die Provinzen zu den öffentlichen Finanzen leisten müssen. Auch heuer wurden dem Staat 240 Millionen Euro entrichtet, damit die beiden Provinzen über denselben Betrag für die Finanzierung ihrer Maßnahmen und Vorhaben vor Ort verfügen können. Im diesjährigen Haushalt wurde ferner die Beziehung zwischen Region und Regionalrat dauerhaft geregelt, indem die bisher außerhalb des Haushalts verwalteten Mittel in Höhe von ca. 200 Millionen Euro in den Haushalt der Region einfließen, die sich dafür zur ständigen Finanzierung sämtlicher Ausgaben des gesetzgebenden Organs verpflichtet. Dadurch wurde der Haushalt der Körperschaft harmonisiert, um Transparenz und Rechtssicherheit für die Zukunft zu gewährleisten.

Abschließend möchte ich mich noch mit einem wesentlichen Aspekt befassen. Es handelt sich hier um die Genehmigung des letzten Haushaltsvoranschlags dieser Legislaturperiode und es bietet sich somit die Gelegenheit, über uns und die Zukunftsperspektiven unserer Länder zu reden. Vor kurzem wurde in den Tageszeitungen die Hitliste der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger veröffentlicht. Bozen und Trient stehen nach wie vor an erster Stelle, was der Beweis dafür ist, dass man hier bei uns gut leben kann und dies vor allem dank der in unserer Autonomie verankerten Entscheidungsfreiheit.

Wir dürfen nie vergessen, dass unsere Besonderheit, außer von den bedeutenden geschichtlichen Ereignissen, auch von den, auf lokaler Ebene verfolgten politischen Strategien für unser Gebiet, abhängt. Ein Beweis dafür ist auch unser Engagement für das Personal der Gerichtsämter, denn − wie ich bereits sagte − der Dienst an die Bürgerinnen und Bürger, steht für uns im Vordergrund, was man in einem Gebiet wie dem unsrigen nur mit konkreten Entscheidungen bezüglich der hiesigen Anforderungen gewährleisten kann.

Diese Hitlisten, denen natürlich das richtige Gewicht beizumessen ist, sind allerdings Zeichen einer guten Verwaltung, die sich aufmerksam mit den zentralen Fragen befasst hat. Der Schutz unserer Autonomie ist daher eine Priorität für uns, wobei es nicht nur um unsere Identität geht, sondern auch darum, als Verwalter dort präsent zu sein, wo es am nötigsten ist. In diesem Sinne möchte ich mich bei allen Regionalratsabgeordneten unabhängig von der jeweiligen politischen Einstellung für ihre Arbeit bedanken, weil sich ein jeder von uns verantwortungsbewusst für die Gemeinschaft eingesetzt hat.

Sicherlich wird 2018 ein wichtiges Jahr sein, in dem wir grundlegende politischen Entscheidungen auf staatlicher und Landesebene und somit auch auf regionaler Ebene treffen werden müssen.

Die Zusammenarbeit zwischen Bozen und Trient hat sich in den vergangenen Jahren noch verstärkt und zu wichtigen Ergebnissen sowohl in den gegenseitigen Beziehungen als auch in den Beziehungen zu Rom geführt. Das Trentino und Südtirol haben wichtige grundlegende Überlegungen zum künftigen Autonomiestatut angestellt, das die grundlegende Charta unserer institutionellen Spezifität darstellt, wobei vielerlei Denkanstöße aufgekommen sind.

Die Beziehungen zwischen unseren beiden Provinzen und auch das institutionelle Gefüge sind neu zu gestalten, wobei vor allem den künftigen Entwicklungen Rechnung zu tragen ist.

Es gibt vielerlei Themen, die wir gemeinsam angehen müssen. Es geht dabei um Herausforderungen, die Bozen und Trient in Zusammenarbeit mit Bundesland Tirol bewältigen können.

Ich denke zum Beispiel an Themen wie Umweltschutz und Raumordnung: zwei Sachgebiete, in denen wir auf lokaler Ebene viel leisten, aber gemeinsam noch mehr bewirken können. Wir müssen gemeinsame Überlegungen anstellen, die über die auf Landkarten eingezeichneten Grenzen hinausgehen. Dasselbe gilt für die Bereiche Verkehr und Mobilität, wie ich bereits bezüglich der Brennerautobahn angedeutet habe.

Weitere Aspekte betreffen zum Beispiel das Gesundheitswesen, wo beide Länder bereits jeweils herausragende Leistungen erbringen, jedoch großen Nutzen aus einem Vergleich und Gedankenaustausch ziehen und angesichts möglicher Wachstumschancen eine gemeinsame Planung fördern könnten.

In diesem Zusammenhang denke ich an unsere Erfolge auf europäischer Ebene, wo wir als erste eine über die staatlichen Grenzen hinaus gehende Europaregion – anfangs auf politischer Ebene – ins Leben gerufen haben, die heute auch von den Bürgerinnen und Bürgern immer stärker wahrgenommen wird.

Wir beabsichtigen, die Europaregion durch immer engere Abkommen zu fördern, damit wir das große Potenzial dieses Nord- und Südeuropa verbindenden historischen Gebiets voll ausschöpfen können, um Dienste anzubieten, aber vor allem, um der Bevölkerung möglichst viele Chancen zu eröffnen.

Wir müssen unseren Jugendlichen, unseren Kindern, die Möglichkeit geben, ein besseres Leben zu führen als wir, wofür wir Wachstums- und Ausbildungsmöglichkeiten schaffen müssen.

In diesem neuen europäischen Kontext ist auch die Rolle der Region und des Regionalrates zu überdenken und ich bin überzeugt, dass wir bereits die richtige Bahn eingeschlagen haben. In den nächsten Monaten werden wir uns vor allem mit der politischen Entwicklung Italiens beschäftigen müssen, weil für die Überarbeitung des Statuts ein günstiges Klima ausschlaggebend ist. Die sich in ganz Italien durchsetzende Bestärkung zu einem differenzierten Regionalismus und die wiederkehrende Vorstellung eines Europas der Regionen wirken sich positiv auf unser Vorhaben aus. Also werden wir Bündnisse eingehen und als starker Ansprechpartner in Rom auftreten müssen, zur Unterstützung der Förderungen um mehr Autonomie. Es wird kein leichter Weg sein, der zweifelsohne zahlreiche Unwägbarkeiten birgt. Wir werden einen kleinen Schritt nach dem anderen machen, wie wenn wir einen steilen Berghang in Angriff nehmen. Wir werden nicht stehen bleiben, sondern beständig, wachsam und entschlossen unser Ziel verfolgen.

Es ist unser Wunsch, auch im nächsten Jahr so wie bisher weiterzuarbeiten, was auch dank der zwischen unseren beiden Ländern bestehenden Harmonie möglich ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und gute Arbeit.